



Michael Schlecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Primeiro-Ministro José Sócrates

Morada: Rua da Imprensa à Estrela, 4 –

1200-888 Lisboa

Tel.: 213 923 500

Fax: 213 951 616

Correio electrónico: pm@pm.gov.pt

Berlin, 10.05.2011

Bezug:

Anlagen:

Michael Schlecht, MdB

Chefvolkswirt Fraktion DIE LINKE

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft
und Technologie

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-77137

Fax: +49 30 227-76135

michael.schlecht@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

T6, 37

68161 Mannheim

Telefon: +49 621-4017-137

Fax: +49 621-4017-139

michael.schlecht@wk.bundestag.de

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Socrates,

mit Sorge erfüllen mich die Nachrichten über die Entwicklung der finanziellen Lage in ihrem Land. Die Auflagen der Europäischen Union sowie des Internationalen Währungsfonds zu drastischen Sparmaßnahmen, verbunden mit erheblichen Verschlechterungen auch im sozialpolitischen Bereich, drohen, ihr Land weiter in die Krise zu führen.

Das Beispiel von Griechenland mahnt uns. Athen wurde ein massiver Austeritätskurs mit Lohn- und Sozialkürzungen aufgezwungen. Dies geschah in der Hoffnung, dass so die Staatsverschuldung zurückgeführt werden könne. Das Gegenteil ist geschehen: Diese Politik hatte verheerende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in Griechenland. 2010 betrug der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes 4,5 Prozent. Der Schuldenstand steigt daher trotz sinkender Staatsausgaben weiter an; er hat mittlerweile 143 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erreicht.

Vor dem Hintergrund dieser „Rettung“ auf Kosten der griechischen Bevölkerungsmehrheit wird aktuell über eine Umschuldung der griechischen Staatsfinanzen diskutiert. Selbst vom deutschen Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble gibt es Bemerkungen, nach denen er sich wohl nicht mehr so sicher sei, ob eine Umschuldung vermeidbar ist.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Socrates,

die gegenwärtige Situation Griechenlands ist für Portugal ein Menetekel. Dies gilt, sofern der von der Europäischen Union, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank verlangte Weg beschritten wird. Abgesehen von dem Leid, das dem portugiesischen Volk jetzt zugemutet werden soll, werden diese Opfer am Ende umsonst sein.



Deshalb meine Bitte an Sie, an alle verantwortlichen Politikerinnen und Politiker: Verweigern Sie sich der Fortsetzung der Austeritätspolitik! Sie schadet nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung Portugals sondern ist eine Bedrohung der Demokratie und der souveränen Rechte des portugiesischen Volkes.

Fordern Sie Hilfe zur wirtschaftlichen Genesung der portugiesischen Wirtschaft von der Europäischen Union ein. Auch Deutschland hat nach dem Zweiten Weltkrieg nicht durch Austerität, sondern durch die Wiederaufbauhilfen des Marshall-Planes eine positive wirtschaftliche Entwicklung eingeschlagen.

Ich bin mir sicher: Wenn Portugal diesen Weg beschreitet, wird letztlich die Europäische Union, auch die deutsche Regierung, sich dem nicht verschließen. Europa wird Portugal nicht dem Risiko der Zahlungsunfähigkeit aussetzen, da jeder weiß, dass dann auch Spanien und am Ende die gesamte Eurozone in Gefahr geriete. Die deutsche Regierung weiß, dass Deutschland der vorrangige Profiteur des Euro ist und viel zu verlieren hat.

Die Hilfen in Europa müssen zukünftig solide finanziert werden und dürfen nicht erneut die breite und an den Problemen schuldlose Mehrheit der Bevölkerung treffen. Deshalb tritt in Deutschland meine Partei – DIE LINKE – dafür ein, dass vor allem Reiche und Vermögende die Lasten der Finanz- und jetzt der europäischen Schuldenkrise zu tragen haben. Ich bin der Auffassung, dass dieser Personenkreis in allen europäischen Ländern viel stärker zur Verantwortung gezogen werden muss.

In dem Maß, in dem das Volk belastet wird, besteht die Gefahr, dass gerade in Mittel- und Nordeuropa rechtspopulistische, nationalistische Parteien und Bewegungen Zulauf erhalten. Sofern sie Erfolg haben, droht Europa eine bittere, eine dunkle Zukunft.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Socrates,

gerade um dieser unheilvollen Entwicklung Einhalt zu gebieten, darf Portugal nicht weiter ins Abseits geführt werden. Der erste Schritt ist die Verweigerung der Fortsetzung der Austerität.

Hochachtungsvoll

Michael Schlecht, MdB